Stadtentwicklungsbetrieb
Bergisch Gladbach - AöR

Datum
08.04.15
Schriftführer
Jonas Geist
Telefon-Nr.
02202-141232

Tag und Beginn der Sitzung
Mittwoch, 18.03.2015, 17:00 Uhr

Niederschrift

zur 19. Verwaltungsratssitzung des
Stadtentwicklungsbetriebs Bergisch Gladbach – AöR

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer

17:05 - 18:05 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **<u>Öffentlicher Teil</u>**

1 Eröffnung und Bekanntgabe nicht anwesender Verwaltungsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 17.12.2014 - öffentlicher Teil -

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 17.12.2014
- öffentlicher Teil -
Vorlage: 0077/2015

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

5 Mitteilungen des Vorstands

6 Bericht gem. § 21 KUV NRW zur Abwicklung des Erfolgs- und Vermögensplans
Vorlage: 0080/2015

7 Handlungsrahmen Breitbandausbau Bergisch Gladbach

Vorlage: 0068/2015

8 Anfragen der Verwaltungsratsmitglieder

N **<u>Nichtöffentlicher Teil</u>**

1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 17.12.2014 - nicht öffentlicher Teil -

2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 17.12.2014
- nicht öffentlicher Teil -
Vorlage: 0078/2015

3 Mitteilungen des Vorsitzenden

4 Mitteilungen des Vorstands

5 Verkauf landwirtschaftlicher Flächen in Bergisch Gladbach-Herkenrath
Vorlage: 0081/2015

6 Auflistung aller im Jahr 2014 getätigten Grundstücksgeschäfte unter 25.000 €.
Vorlage: 0079/2015

7 Anfragen der Verwaltungsratsmitglieder

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung und Bekanntgabe nicht anwesender Verwaltungsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende, Herr Schmickler, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrates fest und gibt die Vertretungen bekannt.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 17.12.2014 – öffentlicher Teil

Der Verwaltungsrat genehmigt die Niederschrift im öffentlichen Teil.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 17.12.2014 - öffentlicher Teil - Vorlage: 0077/2015

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilung des Vorsitzenden

keine

5 Mitteilung des Vorstands

Herr Martmann berichtet, dass das Gewerbegebiet Obereschbach vor Bezug der ersten Unternehmen in das Gebiet vollständig erschlossen sei. Nur der Endausbau der Straße stünde dann noch aus, der erst dann erfolge, wenn mehr als zwei Drittel des Gebietes bebaut sei.

Sodann erklärt er, dass die Umbauarbeiten des ehemaligen Lübbe-Verlagshauses derzeit nach Plan liefen, sodass erste Flüchtlinge zum 31. März einziehen könnten. Eine Informationsveranstaltung zur Flüchtlingsunterkunft für alle Bürgerinnen und Bürger findet am 25. März statt, zu der Herr Martmann auch die Mitglieder des Verwaltungsrates einlädt. Er kündigt außerdem an, dort eine der kommenden Verwaltungsratssitzungen durchführen zu wollen.
Er berichtet weiter, dass derzeit an dem Bauantrag für die dortigen Hallen gearbeitet werde, um dort die Fahrzeuge des Grünflächenamtes unterbringen zu können. Dem nachfolgen solle der Umbau des Bürotraktes an der Scheidtbachstraße, wo Dienststellen der Verwaltung Platz finden können.

Zur Parkpalette Buchmühle teilt Herr Martmann mit, dass nur noch einige Restarbeiten anstünden, sodass in Kürze die Fertigstellung erfolgen werde. Für weitere Ausführungen verweist Herr Martmann auf den nicht-öffentlichen Teil.

Herr Ebert fragt, ob der mögliche Umzug von Verwaltungsdienststellen in den Bürotrakt an der Scheidtbachstraße unmittelbar Auswirkungen auf die Bedarfsflächenberechnung für einen Verwaltungsneubau am Bahnhof habe. Herr Martmann erklärt, dass es keine Wechselwirkung gebe, da es Ziel sei, zwei große Verwaltungsstandorte zu bilden. Daraus folgend möchte Herr Ebert wissen, welche Nutzung für die Büros an der Scheidtbachstraße vorgesehen sei, wenn die Verwaltung diese nicht mehr benötige. Dazu antwortet Herr Martmann, dass sich der SEB dann um neue Mieter bemühen müsste.

6 Bericht gem. § 21 KUV NRW zur Abwicklung des Erfolgs- und Vermögensplans Vorlage: 0080/2015

Herr Martmann erklärt, dass diese Vorlage von den üblichen KUV-Berichten abweiche, weil das erste Quartal noch nicht abgeschlossen sei. Der Bericht zum ersten Quartal würde in der kommenden Sitzung vorgestellt. Derzeit werde der Jahresabschluss erarbeitet.

Herr Henkel sagt, dass im letzten Jahresabschluss das fehlende Risikomanagementsystem bemängelt wurde und fragt ob im Jahresabschluss 2014 wieder mit dem Hinweis zu rechnen sei. Herr Martmann antwortet, dass ein Risikomanagementsystem bestünde und nach diesem gehandelt werde, allerdings sei dies nicht dokumentiert und daher sei erneut mit dem Eintrag im Jahresabschluss zu rechnen. Aufgrund der Aufgabenfülle sei man erneut nicht dazu gekommen, das System zu dokumentieren.

7 Handlungsrahmen Breitbandausbau Bergisch Gladbach Vorlage: 0068/2015

Herr Martmann erklärt, dass ein Kollege des Stadtentwicklungsbetriebes, Herr Geist, im Rahmen eines berufsbegleitenden Studiengangs seine Masterarbeit zum Thema „Breitbandversorgung als Standortfaktor – Handlungsempfehlungen für eine Kommune am Rande eines Oberzentrums“ verfasst habe und damit dem Stadtentwicklungsbetrieb wichtige Erkenntnisse zum Breitbandausbau geliefert habe.

Herr Geist stellt anhand einer Präsentation zunächst die abgeschlossenen und laufenden Projekte vor, die durch den SEB initiiert und begleitet wurden. Anschließend gibt er einen Überblick über die Themen Breitband als Standortfaktor, rechtlicher Rahmen für die öffentliche Hand beim Ausbau, Breitbandtechnologien, übergeordnete Ausbaustrategien und Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten, ehe die einzelnen Beschlussvorschläge im Detail erläutert werden.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

Herr Henkel bedankt sich für den Vortrag. Er stellt zu Beschlussvorschlag Nr. (6) den Änderungsantrag, die Formulierung um den Passus „…oder eine bestehende Beteiligung zu nutzen…“ zu ergänzen. Herr Schmickler antwortet, dass der Vorschlag zur Ergänzung als sinnvoll angesehen wird.

Herr Außendorf bedankt sich ebenfalls für den Vortrag und die Ausarbeitung der Vorlage. Er stellt die Bedeutung von flächendeckender Breitbandverfügbarkeit für Heimarbeitsplätze heraus, die dafür sorgen könnte, den Berufsverkehr zu reduzieren. Herr Außendorf gibt den Hinweis, dass TK-Unternehmen naturgemäß die „Rosinen“ herausgreifen würden und weniger dicht besiedelte Gebiete unversorgt blieben. Daher müsse bei der Clusterbildung von Ausbaugebieten darauf geachtet werden, dass dicht besiedelte und dünn besiedelte Gebiete vermischt würden. Zu Funklösungen gibt Herr Außendorf zu bedenken, dass sie immer nur Übergangslösungen sein

sollten, denn sie hätten den entscheidenden Nachteil, dass sich darüber keine Pauschalangebote buchen ließen. Zum Beschlussvorschlag Nr. (6) stimmt er Herrn Henkel zu.

Frau Glamann-Krüger fragt, warum die Stadt Bergisch Gladbach und der SEB Insellösungen suchen würden und nicht gemeinsam auf Kreisebene für eine flächendeckende Breitbandversorgung gesorgt würde. Herr Geist widerspricht Frau Glamann-Krüger. Nach wie vor solle gemeinsam im Lenkungskreis Breitband auf Kreisebene ein enger Austausch stattfinden. Auch gemeinsame große Projekte könnten dort angestoßen werden. Grundlagenarbeit müsse aber in den Kommunen geleistet werden. Er fügt hinzu, dass das Entwicklungsstadium der einzelnen Kreiskommunen sehr unterschiedlich sei. Mit diesen Beschlüssen mache Bergisch Gladbach einen Vorstoß, um federführend die Geschwindigkeit im Breitbandausbau auch kreisweit mitzubestimmen. Herr Martmann ergänzt, dass viele Informationen nur vor Ort in den Kommunen vorlägen und viele Prozesse nur in den Kommunen stattfinden würden, sodass nur Weniges regional gebündelt ablaufen könne.

Frau Glamann-Krüger fragt, warum der SEB erwäge erneut eine Gesellschaft zu gründen. Herr Geist antwortet, dass dieser Beschlussvorschlag den letztmöglichen Lösungsweg darstelle. Erst wenn alle anderen Maßnahmen nicht erfolgreich seien und der Markt selbst nicht überall ausreichend Bandbreite zur Verfügung stellen könnte, würde dieses Modell erwogen.

Herr Waldschmidt sagt, dass er neue Gesellschaftsgründungen aufgrund der Erfahrungen aus der Vergangenheit grundsätzliche kritisch sehe. Er schließt sich dem Ergänzungsvorschlag von Herrn Henkel an.

Herr Schmickler stellt zunächst den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zu Beschlussvorschlag Nr. (6) mit der Formulierung „*…oder eine bestehende Beteiligung zu nutzen…*“ zur Abstimmung. **Diesem wird einstimmig zugestimmt.**

Auf Nachfrage von Herrn Schmickler bittet die FDP-Fraktion, die Vorschläge einzeln zur Abstimmung zu stellen.

<u>Der Verwaltungsrat fasst sodann folgende Beschlüsse einstimmig:</u>

(1) Der Verwaltungsrat stimmt mit dem aktuellen Breitbandausbauziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung von 50 Mbit/s zu erreichen, überein. Die Umsetzung dieses Zieles auf kommunaler Ebene soll konsequent verfolgt bzw. unterstützt werden, um die Stadt Bergisch Gladbach langfristig als Wohn- und Wirtschaftsstandort konkurrenzfähig zu halten.

(2) Der Stadtentwicklungsbetrieb (SEB) – Abteilung Wirtschaftsförderung – übernimmt für dieses Ziel die Koordinierungsrolle.

(3) Der Vorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den jeweils zuständigen städtischen Gremien auf folgenden Regelungen hinzuwirken:

a. Stadtverwaltung und SEB richten eine Koordinierungsstelle für den Breitbandausbau ein. Damit ist nicht die Einrichtung einer zusätzlichen Personalstelle gemeint, sondern die Ausweisung gewisser Stellenanteile auf bestehenden Stellen im SEB.

b. Es wird ein Jour Fixe mit allen relevanten Akteuren für den Breitbandausbau etabliert mit dem Ziel, Synergieeffekte beim Ausbau zu erzielen.

c. **Die Verwaltung erstellt auf Grundlage des bestehenden Geoinformationssystems eine Datenbasis zur Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus.**

d. **Die Verwaltung verpflichtet sich und private Erschließungsträger unabhängig von am Markt tätigen Telekommunikationsunternehmen, bei Neuerschließungen von Gebieten für eine Leerrohrverlegung zu sorgen, damit eine Glasfaseranbindung möglich wird.**

(4) Der Vorstand wird beauftragt, mit den am Markt tätigen Telekommunikationsunternehmen und anderen geeigneten Anbietern Projekte zu initiieren. Dazu werden Ausbaucluster definiert und zur Ausschreibung gebracht.

(5) Der Vorstand wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die Stadt Bergisch Gladbach gemeinsam mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis eine Initiative zur Anpassung der Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes und EU-Ebene begründet, um die Fördervoraussetzungen so zu korrigieren, dass die Divergenz zwischen Bedarf und Versorgungsgrad mit Fördermitteln behoben werden kann.

Der Verwaltungsrat fasst mit der Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

(6) Der Vorstand wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es sinnvoll und machbar ist durch die Stadt Bergisch Gladbach oder den SEB eine Gesellschaft zu gründen *oder eine bestehende Beteiligung zu nutzen*, um den Breitbandausbau selbst voranzutreiben.

8 Anfragen der Verwaltungsratsmitglieder

keine

Herr Schmickler schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nicht-Öffentlichkeit her.

Gez.
Stephan Schmickler – stellv. Vorsitzender

Gez.
Jonas Geist – Schriftführung